

NATIONALRAT

11 883 Motion Oehler vom 28. Januar 1974

Gemischtwirtschaftliche Firma für Oelbeschaffung

11 900 Postulat Vincent vom 30. Januar 1974

Energiepolitik

10. Juni 1974

11 901 Interpellation Bretscher vom 31. Januar 1974

Nationale Einkaufs- und Versorgungsgesellschaft

Gemeinsame mündliche Stellungnahme zu folgenden parlamentarischen Vorstössen:

- (Nr. 11 883) Motion Oehler vom 28. Januar 1974 betreffend
Gemischtwirtschaftliche Firma für Oelbeschaffung
- (Nr. 11 900) Postulat Vincent vom 30. Januar 1974 betreffend
Energiepolitik
- (Nr. 11 901) Interpellation Bretscher vom 31. Januar 1974 betreffend
Nationale Einkaufs- und Versorgungsgesellschaft
- (Nr. 11 906) Interpellation Welter vom 31. Januar 1974 betreffend
Erdgasspeicherung
- (Nr. 11 912) Interpellation Renschler vom 1. Februar 1974 betreffend
Erdölkrise
- (Nr. 11 886) Interpellation Martin vom 29. Januar 1974 betreffend
Energieversorgung

Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement. Antrag vom 5. Juni 1974

Antragsgemäss hat der Bundesrat

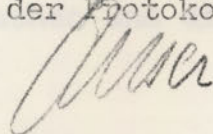
b e s c h l o s s e n :

Die Antwort auf die obenerwähnten parlamentarischen Vorstösse wird genehmigt (siehe Beilage).

Protokollauszug an:

- VED 12 (GS 5, AEW 7) zum Vollzug
- EPD 6 zur Kenntnis
- EVD 21 (GS 12, HA 3, DWK 3, BUP 3) zur Kenntnis
- BK 6 (Hb, Br, Sa, AS, AP 2) " "

Für getreuen Auszug,
der Protokollführer:




NATIONALRAT

- 11 883 Motion Oehler vom 28. Januar 1974
Gemischtwirtschaftliche Firma für Oelbeschaffung
- 11 900 Postulat Vincent vom 30. Januar 1974
Energiepolitik
- 11 901 Interpellation Bretscher vom 31. Januar 1974
Nationale Einkaufs- und Versorgungsgesellschaft
- 11 906 Interpellation Welter vom 31. Januar 1974
Erdgasspeicherung
- 11 912 Interpellation Renschler vom 1. Februar 1974
Erdölkrise
- 11 886 Interpellation Martin vom 29. Januar 1974
Energieversorgung

Wortlaut der Motion Oehler vom 28. Januar 1974

Der Bundesrat wird eingeladen, dem Parlament Bericht und Antrag zur Schaffung einer gemischtwirtschaftlichen Unternehmung zur Versorgung unseres Landes mit Erdöl und Erdölprodukten zu unterbreiten. Dabei ist u.a. darauf zu achten, dass

1. der Bund einen Einfluss auf dieses Unternehmen ausüben kann;
2. die Beschaffung von Rohöl und dessen Verarbeitung mittel- und langfristig gesichert wird;
3. diese gemischtwirtschaftliche Gesellschaft über das unerlässliche Kapital zur Erzielung einer starken Stellung auf dem schweizerischen Markt verfügt, wobei - wie bisher - der Lagerhaltung besondere Bedeutung beizumessen ist.

Der Bund wird in diesem Zusammenhang Verhandlungen mit den nationalen und internationalen Erdölgesellschaften aufzunehmen haben, um die Tätigkeit dieser schweizerischen Gesellschaft einzuleiten und sicherzustellen. Wenn immer möglich ist die Carbur zu einem funktionstüchtigen Bindeglied zwischen Rohölproduzenten, Verarbeitern und Verteilern sowie den Verbrauchern auszugestalten.

Wortlaut des Postulates Vincent vom 30. Januar 1974

Ob es eine "Oelkrise", so wie sie allgemein verstanden wird, wirklich gibt oder nicht, sicher ist auf jeden Fall, dass die immer sagenhafteren Gewinne der grossen Erdölgesellschaften und ihre Beherrschung der Märkte alle Länder in eine schwierige Lage bringen, beträchtliche Preiserhöhungen verursachen und die Vollbeschäftigung gefährden.

Der Bundesrat wird eingeladen, die Bewirtschaftung von Kohle, Gas, Elektrizität, Erdöl und Kernenergie zu studieren, die Suche nach neuen Energieträgern zu betreiben oder sich daran zu beteiligen und ferner mit den Erdöl produzierenden Ländern Beziehungen auf der Grundlage der Gleichheit anzuknüpfen.

Er wird insbesondere auch eingeladen, die Gründung einer nationalen Gesellschaft für Kohlenwasserstoffe zu prüfen, ihren Aufbau und ihr Statut zu bestimmen, um dadurch - und in Verbindung mit den obenerwähnten Massnahmen - die Unabhängigkeit unseres Landes auf dem Gebiet der Energie zu sichern.

Mitunterzeichner: Dafflon, Wicky.

Wortlaut der Interpellation Bretscher vom 31. Januar 1974

Seit November 1973 ist am Heizöl- und Treibstoffmarkt eine Dreiteilung der Preise feststellbar, die nach zuverlässiger Information die Zustimmung des Eidgenössischen Preisüberwachers Prof. Schürmann fand. Die sogenannten farbigen Grossgesellschaften beeinflussen die Preisbildung zuungunsten des Konsumenten. Die Herstellung zahlreicher Erzeugnisse bringt Mehrbelastungen mit sich, die sich für den Verbraucher, worunter beim Heizöl sowohl Vermieter als auch Mieter zu zählen sind, sehr empfindlich auswirken.

Ich frage den Bundesrat an, ob er bereit ist, im Interesse einer stabilen und von Verantwortung getragenen Preispolitik die Schaffung einer nationalen Einkaufs- und Versorgungsgesellschaft zu prüfen, und zwar unter Beteiligung der Kantone und der privaten Wirtschaft, wobei die Beteiligung der öffentlichen Hand 49 % nicht übersteigen sollte.

Die Interpellation wird unterstützt von folgenden Ratsmitgliedern:

Birrer, Bommer, Dürr, Gehler, Gugerli, Lehner, Nauer, Nef, Roth, Rüttimann, Schnyder, Tanner-Thurgau, Waldvogel.

Wortlaut der Interpellation Welter vom 31. Januar 1974

Die Erdgaslieferung aus Holland und Algerien wird in den nächsten Jahren anlaufen. Der Bedarf an solcher umweltfreundlicher Energie ist zweifellos vorhanden. Die Nachfrage dürfte jedoch je nach der Jahreszeit unterschiedlich sein. Unser Land wäre deshalb daran interessiert, das Erdgas aufspeichern zu können, dies auch für den Fall, dass die Lieferungen aus technischen oder anderen Gründen während kürzerer oder längerer Zeit unterbleiben.

Die Landesregierung dürfte im Hinblick auf die Energieversorgung des Landes an dieser Speicherhaltung sehr interessiert sein. Ich bitte deshalb den Bundesrat, dem Parlament darüber Aufschluss zu geben, welche Massnahmen er angeordnet hat und welche Mittel er einsetzt, um die Standorte solcher Untertagespeicher ausfindig zu machen und deren Einrichtung innert nützlicher Frist zu gewährleisten.

Die Interpellation wird unterstützt von folgenden Ratsmitgliedern:

Albrecht, Bächtold-Bern, Baumgartner, Bircher, Bratschi, Breitenmoser, Bussey, Canonica, Diethelm, Generali, Gerwig, Haller, Hubacher, Keller, Kohler Raoul, Künzi, Müller-Bern, Reiniger, Renschler, Rubi, Schwendinger, Stadler, Stich, Tschäppät, Uchtenhagen, Wagner, Wüthrich, Wyer.

Wortlaut der Interpellation Renschler vom 1. Februar 1974

Die Erdölkrise wirft einige grundsätzliche Probleme der Energieversorgung auf. Ich bitte den Bundesrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Ist es verantwortbar, dass die für Konsument und Wirtschaft unentbehrliche Erdölversorgung weitgehend in den Händen mächtiger multinationaler Gesellschaften liegt?
2. Gedenkt der Bundesrat diesem unbefriedigenden Zustand mit wirksamen Massnahmen auf nationaler Ebene oder zusammen mit anderen Konsumentenländern zu begegnen?
3. Um den staatlichen Einfluss auf die Erdölversorgung zu stärken und damit die Interessen der Allgemeinheit besser wahren zu können, sollte der Bund nicht:
 - a. bilaterale Erdöllieferungsverträge mit Produzentenländern abschliessen;
 - b. eine Einkaufs- und Verteilerorganisation für Erdöl und seine Derivate gründen oder mit Mehrheitsbeteiligung erwerben;
 - c. sich in die Forschung und Erschliessung nationaler Energiequellen aktiv einschalten?

Die Interpellation wird unterstützt von folgenden Ratsmitgliedern:

Baumgartner, Bircher, Bratschi, Canonica, Chopard, Diethelm, Düby, Haller, Hubacher, Müller-Bern, Rothen, Rubi, Schwendinger, Stich, Tschäppät, Wagner, Welter, Wüthrich.

Wortlaut der Interpellation Martin vom 29. Januar 1974

Der Bundesrat hat seit November 1973 eine Anzahl Massnahmen zur Einschränkung des Rohenergieverbrauchs in unserem Land angeordnet.

Mit dieser Interpellation ersuche ich die Regierung, dem Parlament und damit der Bevölkerung unseres Landes Auskunft zu geben über:

1. den Erfolg der getroffenen Massnahmen; den Stand unserer Versorgung; die Bildung und Entwicklung der Benzin- und Rohölpreise;
2. die bereits angewandten oder neuen Mittel, die eine Einsparung von Energie ermöglichen;
3. die Schaffung neuer Energieproduktionsquellen oder die Suche danach, ferner über die manchenorts erörterte Möglichkeit, in der Schweiz eine Gesellschaft zur Landesversorgung mit Erdölprodukten zu gründen.

Die Interpellation wird unterstützt von folgenden Ratsmitgliedern:

Bürgi, Cossy, Eibel, Fischer-Bern, Frey, Generali, Glasson, Grünig, Junod, Peyrot, Schaller, Spreng, Thévoz.

Stellungnahme des Bundesrates

1. Katalog der Begehren und Fragen

Das Oel embargo, das im Herbst von gewissen ölproduzierenden Staaten verfügt worden ist, hätte kaum die erzielten Wirkungen haben können, wenn diese Beschlüsse nicht vor dem Hintergrund einer sich anbahnenden, weltweiten energiewirtschaftlichen Krise stehen würden. Das Wissen um diese Dauerkrise hat ohne Zweifel auch zu dieser grossen Zahl von parlamentarischen Vorstössen geführt. Und das Spektrum der aufgeworfenen Fragen ist sehr breit:

Die Herren Motionäre, Postulanten und Interpellanten wollen Auskunft über

- a. Ergebnis der vom Bundesrat verfügten Sparmassnahmen,
- b. Stand der Versorgung mit Mineralölprodukten,
- c. Preisentwicklung,
- d. Untertagespeicherung von Erdgas,
- e. Abschluss von Verträgen mit ölexportierenden Staaten,
- f. Gründung einer nationalen Oelgesellschaft unter öffentlicher Kontrolle, mit Mehrheits- oder Minderheitsbeteiligung des Bundes, als Kampfinstrument gegen den Einfluss der grossen Oelgesellschaften,
- g. geplanter Einsatz der verschiedenen Energieträger,
- h. Ausnützung der im Lande vorhandenen Energiequellen,
- i. die aktive Teilnahme des Bundes bei der Forschung nach einheimischen Energiequellen,
- k. die Prüfung von Energie-Einsparungsmöglichkeiten.

Das ist der Katalog der aufgeworfenen Fragen. Sie erwarten sicher nicht jetzt bereits abschliessende Antworten und Rezepte zur Lösung all dieser Probleme. Wir müssen diese Lösungen selber zuerst noch suchen. Das wird mit der Ausarbeitung einer Energiekonzeption geschehen.

Wir haben in diesen Tagen die Experten bestimmt, die dieses Konzept beraten und zu Papier bringen sollen.

2. Allgemeine energiewirtschaftliche Fragen

Ich muss aber gleich beifügen:

Die bisherige Energiepolitik des Bundesrates war auch ohne diese Konzeption nicht kurslos. Von Bundesräten und von den zuständigen Verwaltungen ist verschiedentlich dargelegt worden, welche Ziele in der Energiepolitik verfolgt werden, und durch welche Massnahmen diese Ziele erreicht werden sollen.

Es stellt sich aber - vorläufig - vor allem das Problem der verfassungsmässigen Kompetenzen. Sie sind - gemessen an dem, was sich heute als notwendig erweist - noch recht bescheiden.

Der Bund kann nur auf Teilgebieten eingreifen.

- Er kann Wasserrechtskonzessionen erteilen;

Dann kann er legiferieren auf den Gebieten

- der Fortleitung, Abgabe und Ausfuhr von elektrischer Energie ferner über den Standort und die Sicherheit von Kernkraftwerken und schliesslich bei der Erstellung von Oel- und Gaspipelines.

Das ist alles. Zu einer eigenen, aktiven Energiepolitik besitzt der Bund bis jetzt noch keine Kompetenzen. Der Vorentwurf zu einem Energieartikel liegt zwar vor. Wir wollen ihn den Räten aber erst unterbreiten, wenn wir auch ein formuliertes Energiekonzept vorlegen können.

Was wir brauchen ist an sich einfach und bald gesagt:

Wir brauchen eine sichere, ausreichende, umweltfreundliche und billige Energieversorgung, die mit Bezug auf die Energieträger und auch bei den Bezugsländern ausgeglichen diversifiziert ist.

Im Sinne dieser Zielsetzungen hat der Bundesrat den Elektrizitätsunternehmen schon vor Jahren nahegelegt, auf die Erstellung von ölthermischen Kraftwerken zu verzichten und direkt zur Kernenergie überzugehen. Neben der Umweltfreundlichkeit wollte man nicht, dass auch die Elektrizitätsversorgung noch vom Oel abhängig wird.

Der Bundesrat hat sich auch sehr um das ebenfalls umweltfreundlichere Erdgas bemüht. Auch die Gaswirtschaft drohte nämlich durch die Benzinspalt- und Propan-Luft-Gemisch-Anlagen oelabhängig zu werden.

Ferner wurde das Problem der Städtefernheizung studiert. Die Ergebnisse konnten im Februar vorgestellt werden.

Schliesslich förderte der Bundesrat die Weiterführung der Erdöl- und Erdgasprospektion in der Schweiz.

Es wurde also nicht nichts getan. Aber ich will wie gesagt nicht jetzt über die langfristige Energiepolitik sprechen. Dazu wird Gelegenheit sein, wenn ein formuliertes Konzept vorliegt.

Ich beantworte für heute nur einige der aufgeworfenen Fragen, soweit mir das jetzt schon möglich ist.

3. Untertagespeicher für Erdgas

Herr NR Welter fragt nach den Untertagespeichern für Erdgas.

Die SWISSGAS (Schweizerische Aktiengesellschaft für Erdgas), mit Sitz in St. Gallen, ist als Dachgesellschaft der schweizerischen Gaswirtschaft Mitbegründerin des sog. "Untertagespeicherkonsortiums". Dieses sucht nach Untertagespeichern für Gas, Mineralölprodukte und leicht bis mittelradioaktive Abfälle aus Kernkraftwerken. Das Konsortium hat im ver-

gangenen Herbst seine Tätigkeit aufgenommen. Zur Zeit werden u.a. seismische Kampagnen im Mittelland durchgeführt, die über allfällige Möglichkeiten für die Anlegung von Aquiferspeichern Aufschluss geben sollen.

(Es wird in einer Tiefe von 400 - 1000 m eine nach oben und nach der Seite dicht abgeschlossene Schicht aus porösem Gestein gesucht, die unter Wasserdruck steht. Das Gas würde in diese Struktur eingepresst und durch das Wasser unter Druck gehalten, so dass es jederzeit wieder herausgeholt werden kann.)

Solche Speicher haben den Vorteil, dass sie sehr sicher sind und an der Erdoberfläche kaum in Erscheinung treten. Sie sollten aber aus betrieblichen Gründen ein Fassungsvermögen von mehreren Millionen Kubikmeter Gas haben. Gas muss nämlich aus dem Ausland kontinuierlich bezogen werden. Der Absatz dagegen weist erhebliche Saison- und Tagesspitzen auf. Man muss hier ein Ausgleichsbecken haben. Dazu kommt auch noch die Pflicht zur Lagerhaltung gemäss Kriegsvorsorgegesetz. Können keine solchen natürlichen Lagerstätten gefunden werden, müssen wir ober- oder unterirdische Tanks mit verflüssigtem Erdgas oder dann Kavernen erstellen, in denen das Gas unter Druck gespeichert werden kann. Das Amt für Energiewirtschaft nimmt als Beobachter an den Arbeiten des Konsortiums teil.

4. Sparmassnahmen, Stand der Versorgung

Herr Martin erkundigt sich nach dem Ergebnis der vom Bundesrat im Zusammenhang mit dem Oelembargo verfügten Sparmassnahmen.

Diese Ergebnisse lassen sich nur teilweise direkt feststellen. Untersuchungen der Carburas, die sich auf rund 5'000 Tankstellen bezogen, ergaben Einsparungen im Treibstoffverbrauch von rund 20 %.

Aufschlussreich ist auch die Entwicklung der Einfuhren.

Die Importe an Benzin sind im Dezember 1973 im Vergleich zum Vorjahr um 21,2 % zurückgegangen. Beim Dieselöl betrug die Differenz 31,3 %, beim Heizöl 4 %. Der Rückwärtstrend beim Benzin und Heizöl hielt auch im Januar und Februar 1974 an. Im Vergleich zu 1973 machte der Ausfall beim Benzin 15,6 und beim Heizöl 19,7 % aus. Diese Mindereinfuhren sind offensichtlich tatsächlich Einsparungen gleichzustellen.

Die Importeure konnten trotz dieser reduzierten Zufuhr ihre Vorräte vollständig ergänzen, und nachdem die Beschaffung im Februar keine grossen Schwierigkeiten mehr boten - wenn man von den Preisverhältnissen absieht -, sind die Kontingente für den Monat März bekanntlich auf 100 % erhöht worden. Ausgenommen waren nur noch die schweren Heizöle. Auf den 1. April sind aber alle Einschränkungen aufgehoben worden.

Die Versorgung hat sich normalisiert. Wir müssen die Erinnerung an die Oelkrise aber wachhalten. Die Welt dreht sich zwar wieder, aber nicht nach unserem Fahrplan.

5. Preisbildung und Preisentwicklung für Mineralölprodukte

Herr Nationalrat Martin erkundigt sich nach der Preisbildung und Preisentwicklung für Benzin und Heizöl. Das ist ein sehr geheimnisvolles Thema. Preisbildung und Preisentwicklung werden von den Oelgesellschaften besser gehütet als bei uns flügge gewordene Töchter in bessern Häusern. Die Jahresabschlüsse der internationalen Erdölgesellschaften für das Jahr 1973 haben weitherum Aufsehen erregt. In zahlreichen Staaten befassen sich Kartellämter mit der Frage der Preisbildung in diesen internationalen Konzernen.

In der Schweiz hat die Kartellkommission den Auftrag erhalten, die Wettbewerbsverhältnisse auf den Märkten für flüssige Treib- und Brennstoffe abzuklären. Dabei wird auch die Frage zu prüfen sein, ob die schweizerischen Tochtergesellschaften der internationalen Erdölkonzerne ihre Marktmacht zum Nachteil der Konsumenten missbraucht haben. Insbesondere wird sich die Frage stellen, ob Missbräuche bei der Preisbildung vorgekommen sind. Die Resultate der Erhebung dürften zeigen, wie weit es einer nationalen Behörde und gestützt auf nationales Recht noch möglich ist, die Preisbildung bei internationalen Unternehmen zu erhellen.

Die Bundesbehörden haben der Preisentwicklung bei den Erdölprodukten aber nicht völlig untätig zugesehen. Der Beauftragte für die Ueberwachung der Preise, Löhne und Gewinne hat schon im Sommer 1973 eingegriffen. Er fixierte im Juni 1973 den Säulenpreis für Superbenzin auf 75 Rp. Später traf er Vereinbarungen mit den schweizerischen Tochtergesellschaften der internationalen Erdölkonzerne. Im Rahmen dieser Vereinbarungen wurden die Preise für Superbenzin zunächst auf 77 Rp/l, später auf 85 Rp/l festgesetzt.

Diese Preise galten jedoch nicht für die unabhängigen schweizerischen Benzinhandelsfirmen mit einem Marktanteil von rund 20 Prozent. Die Preise dieser freien Gesellschaft konnten nicht beeinflusst werden, weil sie sich auf dem freien europäischen Markt mit Ware eindecken. Sie waren der oft geradezu kriminellen Preisentwicklung auf dem internationalen Markt völlig ausgeliefert. Ihre Säulenpreise waren über längere Zeit hinweg um 4 - 7 Rp/l höher als jene der internationalen Gesellschaften. Mit der Fixierung einer Preisgrenze für die internationalen Gesellschaften konnten aber immerhin 80 % des Benzinmarktes unter Kontrolle gehalten werden.

Aber man musste doch darauf achten, dass die Preisdifferenz zwischen den grossen Gesellschaften und den freien Importeuren nicht zu gross wurde. Deshalb bewilligte der Beauftragte Mitte März den internationalen Gesellschaften eine Preiserhöhung auf maximal 93 Rp/l für Normalbenzin bzw. 97 Rp/l für Superbenzin. Damit konnten die Preisdifferenzen zwischen dem unabhängigen Handel und den internationalen Gesellschaften für den Moment beseitigt und strukturelle Aenderungen, d.h. Umsatzverlagerungen weitgehend gestoppt werden.

Auch beim Heizöl hat der Beauftragte für die Preisüberwachung mit den schweizerischen Tochtergesellschaften der internationalen Erdölkonzerne Vereinbarungen getroffen. Im November 1973 verpflichteten sie sich, das

Heizöl franko Basel für rund Fr. 38.--/100 kg abzugeben. Im Dezember bewilligte die Preisüberwachung eine Preiserhöhung auf rund Fr. 50.--. Die Preise für Heizöl am freien Markt lagen zu diesem Zeitpunkt wesentlich über diesen Ansätzen. Die Vereinbarung des Preisüberwachers mit den internationalen Gesellschaften brachte immerhin rund 60 % des Marktes unter Kontrolle. Der Preisüberwacher musste behutsam vorgehen. Die Preisdifferenz zwischen unabhängigen und internationalen Gesellschaften durfte auch hier nicht zu gross werden. Gleichzeitig war auch die Versorgung nicht zu gefährden.

Auf dem freien Markt sind im Jahre 1974 die Heizölpreise bis Mitte April auf 32 Fr. franko Basel gesunken. Seither haben sie eher wieder etwas angezogen. Wie sich die Preisentwicklung in Zukunft gestalten wird, ist schwer abzusehen. Es ist aber leider kaum zu erwarten, dass die Preise für Erdölprodukte je wieder das Niveau von 1972 erreichen werden. Die Entwicklung wird aber durch den Beauftragten weiterhin aufmerksam verfolgt.

6. Direkte Verhandlungen mit erdölproduzierenden Ländern und Bildung einer nationalen Erdölgesellschaft

Die Bildung einer nationalen Einkaufs- und Versorgungsgesellschaft für Erdöl und Erdölprodukte und auch direkte Verhandlungen mit ölproduzierenden Staaten werden von den Herren Oehler, Vincent, Bretscher, Renschler und Martin zur Diskussion gestellt. Schon vor Ausbruch des Oktoberkrieges hat auch Herr Nationalrat Schürmann in diesem Sinne einen Vorstoss unternommen.

Zwischen den beiden Forderungen besteht ein Zusammenhang. Ohne Direktbezüge hat eine nationale Einkaufs- oder Vertriebsgesellschaft kaum einen Sinn. Eine Gesellschaft, die ihr Rohöl oder ihre Produkte auf dem freien Markt oder von den grossen internationalen Konzernen kauft, würde wohl kaum etwas zur Verbesserung unserer Versorgungssicherheit oder zur Markttransparenz und zur Verbilligung unserer Energieversorgung beitragen.

Die Ereignisse der letzten Monate haben gezeigt, dass die integrierten Gesellschaften wegen ihren verschiedenwertigen Bezugsmöglichkeiten und dank ihrer internationalen Verflechtung relativ gute Voraussetzungen zur Ueberbrückung von Versorgungskrisen bieten. In der Schweiz haben sie im Vergleich zum Ausland die Versorgung während der Krise einigermassen sicherstellen können.

Demgegenüber birgt eine vorwiegend auf bilateralen Verträgen mit Produzentenländern abgestützte Versorgung die Gefahr der einseitigen Abhängigkeit in sich.

Es dürfte ja wohl kaum die Meinung der Herren Interpellanten und Motiönäre sein, dass die Schweiz inskünftig ihre gesamte Versorgung bilateral abwickeln sollte.

Verträge mit den erdölproduzierenden Ländern werden eher als eine flankierende Massnahme angestrebt.

Der Bundesrat will diese Möglichkeit prüfen. Entsprechende Vorarbeiten sind im Gang.

In diese Abklärungen werden auch noch andere mögliche Lösungen einbezogen werden müssen. Ich denke an Verträge mit den Nachbarstaaten die uns den Hauptteil der Erdölprodukte liefern und an Abmachungen mit der Erdölwirtschaft selber.

Wir glauben allerdings, dass das Energieproblem nur auf internationaler Ebene gelöst werden kann. In multilateralen Gremien müssen Wege gesucht werden, um den Erdölkonsum einzudämmen und die Versorgungssicherheit zu verbessern. Solange die Gefahr eines Auseinanderklaffens von Angebot und Nachfrage besteht, werden immer Preiserhöhungen in der Luft liegen. Vorläufig deutet nichts darauf hin, dass durch direkte Verträge der Konsument zu billigeren Produkten käme. Es scheint im Gegenteil, dass Länder, die bilateral operierten, z.T. schlechtere Konditionen akzeptieren mussten, als die grossen Fördergesellschaften.

Wir müssen die aussen-, versorgungs- und wirtschaftspolitische Wünschbarkeit und Notwendigkeit direkter Lieferverträge genau überlegen. Dann ist auch zu untersuchen, wie das auf diesem Weg gekaufte Oel zu transportieren, zu raffinieren und zu verteilen wäre. Auch hier stehen wieder viele offene Fragen. Wir könnten zwar über eine nationale Erdölgesellschaft Einblick in das Erdölgeschäft bekommen und dadurch allfällige Marktmissbräuche der grossen Konzerne vielleicht besser erkennen. Aber man muss fragen, ob eine solche Verbesserung der Markttransparenz nicht zu teuer bezahlt würde. Es ist nämlich zu vermuten, dass eine schweizerische Erdölgesellschaft kaum in der Lage wäre, die Konsumenten zu günstigeren Preisen als die multinationalen Konzerne zu beliefern. Und nur wegen dem Schweizerkreuz auf der Tankstelle allein kauft uns der helvetische Benzinverbraucher den Most nicht ab. Er sollte dann eher billiger oder mindestens nicht teurer sein als nebenan. Neben der Wirtschaftlichkeit werden auch Rechtsnatur- und Tätigkeitsbereich einer eigenen Gesellschaft zu prüfen sein. Ebenso die Frage, ob eine Neugründung oder die Uebernahme einer bestehenden Gesellschaft anzustreben bzw. möglich wäre.

Der Bundesrat ist gewillt die durch Ihre Vorstösse aufgeworfenen Probleme eingehend und innert nützlicher Frist studiert zu prüfen. Die Vorabklärungen sind wie erwähnt im Gange. In einer Energiekonzeption werden wir darüber berichten.

7. Anträge und Schlussfolgerungen

Weil noch so viele Fragen offen sind, bitte ich Herrn Nationalrat Oehler, seine Motion in ein Postulat umzuwandeln. Wir sind bereit es mit dem Postulat von Herrn Nationalrat Vincent entgegenzunehmen.

Der Herren Bretscher, Renschler und Martin kann ich zusichern, dass ihre Anregungen geprüft werden. Wir sehen alle, dass die Oelkrise die Notwendigkeit einer aktiven Energiepolitik des Bundes nicht nur sichtbar gemacht, sondern diese Notwendigkeit auch sehr eindrücklich bewiesen hat.

Mai 1974

Der Bund hat die Verantwortung für die Energieversorgung der Schweiz übernommen. Diese Verantwortung ist nicht nur eine politische, sondern auch eine wirtschaftliche. Die Energiepolitik des Bundes muss sich an den Interessen der Bevölkerung orientieren. Die Energiepreise müssen so festgelegt werden, dass die Wirtschaft nicht übermäßig belastet wird. Die Energieversorgung muss sicher und preisgünstig sein. Die Bundesregierung hat die Aufgabe, die Energiepolitik zu koordinieren und die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen. Die Energiepolitik des Bundes ist ein zentraler Bestandteil der Wirtschaftspolitik. Die Energiepreise haben einen erheblichen Einfluss auf die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft. Die Bundesregierung muss daher bei der Festlegung der Energiepreise die Interessen der Wirtschaft und der Bevölkerung abwägen. Die Energiepolitik des Bundes muss auch die Umwelt berücksichtigen. Die Energieerzeugung sollte so umweltfreundlich wie möglich sein. Die Bundesregierung hat die Aufgabe, die Energiepolitik so zu gestalten, dass die Umwelt geschützt wird. Die Energiepolitik des Bundes ist ein zentraler Bestandteil der Wirtschaftspolitik. Die Energiepreise haben einen erheblichen Einfluss auf die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft. Die Bundesregierung muss daher bei der Festlegung der Energiepreise die Interessen der Wirtschaft und der Bevölkerung abwägen. Die Energiepolitik des Bundes muss auch die Umwelt berücksichtigen. Die Energieerzeugung sollte so umweltfreundlich wie möglich sein. Die Bundesregierung hat die Aufgabe, die Energiepolitik so zu gestalten, dass die Umwelt geschützt wird.

7. Ausblick und Schlussfolgerungen

Die Energiepolitik des Bundes ist ein zentraler Bestandteil der Wirtschaftspolitik. Die Energiepreise haben einen erheblichen Einfluss auf die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft. Die Bundesregierung muss daher bei der Festlegung der Energiepreise die Interessen der Wirtschaft und der Bevölkerung abwägen. Die Energiepolitik des Bundes muss auch die Umwelt berücksichtigen. Die Energieerzeugung sollte so umweltfreundlich wie möglich sein. Die Bundesregierung hat die Aufgabe, die Energiepolitik so zu gestalten, dass die Umwelt geschützt wird.

CONSEIL NATIONAL

- 11 702 Motion Oehler du 28.1.74
Société mixte d'approvisionnement en produits pétroliers
- 11 900 Postulat Vincent du 30.1.74
Politique énergétique
- 11 901 Interpellation Bretscher du 31.1.74
Société nationale d'achat et d'approvisionnement.
- 11 912 Interpellation Renschler du 1.2.74
Crise pétrolière
- 11 906 Interpellation Welter du 31.1.74
Stockage de gaz naturel
- 11 886 Interpellation Martin du 29.1.74
Ravitaillement en énergie

Texte de la motion Oehler du 28 janvier 1974

Le Conseil fédéral est invité à soumettre au Parlement un rapport et des propositions prévoyant la création d'une entreprise mixte d'approvisionnement de notre pays en pétrole et en produits pétroliers. A cette occasion, il conviendra de faire en sorte que:

1. La Confédération puisse exercer une influence sur cette entreprise;
2. Que l'acquisition de pétrole brut, de même que le raffinage de ce produit, soient assurés à moyen et à long terme;
3. Que cette société mixte dispose d'un capital suffisant qui lui permette d'occuper une position solide sur le marché suisse, une attention particulière étant accordée, comme précédemment, au stockage des hydrocarbures.

Dans cette perspective, la Confédération devra engager des négociations avec les compagnies pétrolières nationales et internationales, de façon à mettre en marche l'activité de cette société suisse, puis à en garantir le bon fonctionnement. Il s'agira aussi, autant qu'il est possible, de faire de la Carbura un trait d'union efficace et dynamique entre les producteurs de pétrole brut, les raffineries et les distributeurs, de même qu'entre ceux-ci et les consommateurs.

Texte du postulat Vincent du 30 janvier 1974

Qu'il y ait ou non "crise pétrolière" au sens où on l'entend communément, il est manifeste en tous cas que les profits tou-

- 2 -

jours plus fabuleux des grandes compagnies pétrolières et leur domination sur les marchés placent tous les pays dans une position difficile, entraînent des hausses de prix considérables, menacent le plein emploi.

Le Conseil fédéral est invité à étudier l'utilisation planifiée du charbon, du gaz, de l'électricité, du pétrole et de l'énergie nucléaire ainsi qu'à procéder ou à participer à la recherche de nouvelles formes d'énergie, enfin à développer des relations avec les pays producteurs de pétrole fondées sur la base de l'égalité.

Il est invité, en particulier, à étudier la création d'une Société nationale des hydrocarbures, sous contrôle public, à en déterminer le caractère et le statut, dans le but d'assurer l'indépendance du pays en matière énergétique, ce, en liaison avec les autres mesures ci-dessus indiquées.

Cosignataires: Dafflon, Wicky.

Texte de l'interpellation Bretscher du 31 janvier 1974

Depuis novembre 1973, on peut constater sur le marché du mazout et du carburant une formation des prix en trois parties; selon des informations dignes de foi, cette structure aurait été approuvée par le préposé à la surveillance des prix, le Prof. Schürmann. Les grandes sociétés pétrolières influent sur la formation des prix dans un sens défavorable aux consommateurs. La fabrication de nombreux produits entraîne des dépenses supplémentaires dont les conséquences se font sentir très nettement pour les consommateurs, parmi lesquels il faut compter ici aussi bien les propriétaires d'immeubles que les locataires.

Le Conseil fédéral est-il prêt, dans l'intérêt d'une politique des prix stable, résultant d'une prise de conscience des responsabilités, à examiner la possibilité de créer une société nationale d'achat et d'approvisionnement, avec la participation des cantons et de l'économie privée, la participation du secteur public ne devant pas dépasser 49%?

La demande d'interpellation est appuyée par les députés suivants:

Birrer, Bommer, Dürr, Gehler, Gugerli, Lehner, Nauer, Nef, Roth, Rüttimann, Schnyder, Tanner-Thurgovie, Waldvogel.

Texte de l'interpellation Renschler du 1er février 1974

La crise du pétrole soulève certains problèmes fondamentaux de l'approvisionnement en énergie. Le Conseil fédéral est prié de répondre aux questions suivantes:

1. Est-il souhaitable que l'approvisionnement en pétrole, dont ni les consommateurs ni l'économie ne peuvent se passer, dépende en grande partie de puissantes sociétés multinationales?
2. Le Conseil fédéral a-t-il l'intention de remédier à cet état de choses peu satisfaisant par des mesures au niveau national ou en liaison avec d'autres pays consommateurs?
3. Ne serait-il pas nécessaire, afin de mieux sauvegarder l'intérêt général, de renforcer l'influence de l'Etat sur l'approvisionnement en pétrole par les mesures suivantes, à prendre par la Confédération:
 - a) Conclusion de traités bilatéraux de livraison de pétrole avec les pays producteurs;
 - b) Création d'une organisation pour l'achat et la distribution du pétrole et de ses dérivés ou acquisition d'une participation majoritaire dans une telle organisation;
 - c) Participation active à la recherche et à la mise en valeur de sources d'énergie dans le pays?

La demande d'interpellation est appuyée par les députés suivants:

Baumgartner, Bircher, Bratschi, Canonica, Chopard, Diethelm, Düby, Haller, Hubacher, Müller-Berne, Rothen, Rubi, Schwendinger, Stich, Tschäppät, Wagner, Welter, Wüthrich.

Texte de l'interpellation Welter du 31 janvier 1974

Les livraisons de gaz naturel de Hollande et d'Algérie commenceront ces prochaines années. Nous avons certainement besoin d'une source d'énergie qui cause aussi peu de dommages à l'environnement que le gaz naturel. La demande sera cependant soumise à des variations saisonnières. Nous aurions donc intérêt à pouvoir stocker le gaz naturel, en prévision aussi d'arrêts plus ou moins longs de livraisons, causés par des raisons techniques ou autres.

Le gouvernement devrait être très intéressé à un tel stockage en vue d'assurer l'approvisionnement en énergie du pays. Le Conseil fédéral est prié, par conséquent, d'informer le Parlement des mesures qu'il prend et des moyens qu'il met en oeuvre pour trouver des emplacements appropriés au stockage souterrain

de gaz et pour assurer la construction en temps utile de dépôts à cet effet.

La demande d'interpellation est appuyée par les députés suivants:

Albrecht, Bächtold-Berne, Baumgartner, Bircher, Bratschi, Breitenmoser, Bussey, Canonica, Diethelm, Generali, Gerwig, Haller, Hubacher, Keller, Kohler Raoul, Künzi, Müller-Berne, Reiniger, Renschler, Rubi, Schwendinger, Stadler, Stich, Tschäppät, Uchtenhagen, Wagner, Wüthrich, Wyer.

Texte de l'interpellation Martin du 29 janvier 1974

Dès le mois de novembre 1973, le Conseil fédéral a pris un certain nombre de mesures destinées à limiter la consommation de matières nécessaires à la production de ressources énergétiques dans notre pays.

Par voie d'interpellation, je demande à notre exécutif de renseigner le Conseil national et à travers lui la population de notre pays:

1. Sur le résultat des mesures prises; sur l'état de nos approvisionnements; sur la formation et l'évolution des prix de l'essence et du mazout;
2. Sur les moyens utilisés ou nouveaux entraînant une économie d'énergie;
3. Sur la création ou la recherche de nouvelles sources de production d'énergie et sur l'éventualité dont on a parlé de créer une société pour le ravitaillement de la Suisse en produits pétroliers.

La demande d'interpellation est appuyée par les députés suivants:

Bürgi, Cossy, Eibel, Fischer-Berne, Frey, Generali, Glasson, Grünig, Junod, Peyrot, Schaller, Spreng, Thévoz.

Rapport du Conseil fédéral

1. Répertoire des requêtes et questions

L'embargo pétrolier décrété en automne dernier par certains Etats arabes n'aurait certes pas eu de tels effets s'il ne s'était déroulé sous la menace réelle d'une crise énergétique

mondiale. La prise de conscience de cette crise est également à l'origine de ce grand nombre d'interventions parlementaires. L'éventail des questions soulevées est très large.

Messieurs les motionnaires, postulants et interpellateurs désirent obtenir des renseignements sur les points suivants:

- a. résultat des mesures d'économie décrétées par le Conseil fédéral,
- b. état de l'approvisionnement en produits pétroliers,
- c. évolution des prix,
- d. stockage souterrain du gaz naturel,
- e. conclusion d'accords avec des Etats exportateurs de pétrole,
- f. création d'une société pétrolière nationale sous contrôle public avec participation majoritaire ou minoritaire de la Confédération, pour lutter contre l'influence des grandes entreprises pétrolières,
- g. utilisation planifiée des divers agents énergétiques,
- h. exploitation des sources d'énergie disponibles dans le pays,
- i. participation active de la Confédération à la recherche de sources d'énergie dans le pays,
- j. examen des possibilités d'économie d'énergie.

Tel est le répertoire des questions soulevées. Vous n'attendez certainement pas maintenant déjà des réponses définitives et des recettes permettant de résoudre tous ces problèmes, car nous devons commencer par en rechercher les solutions. C'est le but de l'élaboration d'une conception globale de l'énergie. Nous venons d'ailleurs de désigner les experts qui étudieront et mettront cette conception sur papier.

2. Questions d'économie énergétique générale

J'aimerais encore ajouter ceci:

Même sans conception globale à la base, la politique énergétique du Conseil fédéral n'a pas été menée de manière inconsidérée. Les conseillers fédéraux ou d'autres organes de la Confédération ont en effet souvent exposé les buts qui sont poursuivis en politique énergétique et les mesures qui permettent de les atteindre.

Le problème qui se pose - provisoirement - est avant tout celui des compétences constitutionnelles qui, si on les compare à ce qui s'avère nécessaire aujourd'hui, sont encore bien restreintes.

La Confédération ne peut intervenir que dans des domaines particuliers.

-- Elle peut octroyer des concessions de forces hydrauliques; Puis elle peut légiférer dans les domaines
 -- des transports, de la distribution et de l'exportation d'énergie électrique, du site et de la sécurité des centrales nucléaires et enfin de la construction d'oléoducs et de gazoducs.

Et c'est tout. Jusqu'à ce jour, la Confédération n'a pas encore de compétences pour pratiquer une politique énergétique active. L'avant-projet d'un article énergétique est cependant élaboré. Mais nous ne le présenterons aux Conseils que lorsque nous pourrons leur soumettre également sur papier une conception de l'énergie.

Ce dont nous avons besoin est au fond simple et vite énuméré: Il nous faut un approvisionnement énergétique sûr, suffisant, sauvegardant l'environnement et bon marché, dont les agents et les pays producteurs sont judicieusement diversifiés.

En fonction de ces buts, le Conseil fédéral a insisté, il y a plusieurs années déjà, auprès des entreprises d'électricité afin qu'elles renoncent à construire des centrales thermiques au mazout et passent directement à l'énergie nucléaire. Outre le problème de la protection de l'environnement, il voulait ainsi éviter de rendre l'approvisionnement électrique également tributaire des produits pétroliers.

Le Conseil fédéral attache aussi beaucoup d'importance à l'utilisation du gaz naturel, produit non polluant, car l'économie gazière risquait en effet de devenir également dépendante du pétrole, avec les installations de craquage de l'essence et d'air propane.

D'autre part, le problème du chauffage à distance a fait l'objet d'une étude dont les résultats ont pu être communiqués au mois de février.

Enfin, le Conseil fédéral a encouragé la prospection du pétrole et du gaz naturel en Suisse.

On ne peut donc pas prétendre que rien n'a été fait. Mais, comme je vous l'ai déjà dit, je ne vous parlerai pas de notre politique énergétique à long terme. Il en sera temps lorsque la conception globale de l'énergie sera élaborée.

Je ne répondrai aujourd'hui qu'à quelques unes des questions soulevées.

3. Lieux de stockage souterrain pour le gaz naturel

Monsieur Welter soulève la question du stockage souterrain du gaz naturel.

Swissgas, société anonyme suisse pour le gaz naturel dont le siège est à St-Gall, est, comme société faitière de l'économie gazière suisse, membre fondateur du "Consortium pour le stockage souterrain" dont le but est de rechercher les possibilités de stocker le gaz, les produits pétroliers et les déchets peu ou moyennement radioactifs provenant des centrales nucléaires. Ce consortium a commencé son activité en automne dernier. Actuellement, il effectue, entre autres, des campagnes sismiques sur le plateau qui devraient apporter des indications sur les possibilités éventuelles d'aménager en subsurface des réservoirs aquifères.

De tels réservoirs ont l'avantage d'avoir un degré de sécurité très élevé et d'être invisibles en surface. Pour des raisons d'exploitation, leur capacité de stockage devrait être de plusieurs millions de m³ de gaz. Ce dernier doit en effet être prélevé à l'étranger de façon continue, alors que la consommation accuse des pointes saisonnières et journalières considérables. Nous devons donc disposer d'un système de compensation. A cela s'ajoute l'obligation que crée la loi sur la préparation de la défense nationale économique de constituer des réserves. Au cas où de tels lieux de stockage ne pourraient être découverts, nous devrions construire, en surface ou sous terre, des réservoirs à gaz naturel liquéfié ou des cavernes dans lesquelles le gaz pourrait être stocké sous pression. L'Office fédéral de l'économie énergétique participe à titre d'observateur aux travaux du Consortium pour le stockage souterrain.

4. Mesures d'économie, état de l'approvisionnement

Monsieur Martin désire être informé sur les résultats des mesures d'économie décrétées par le Conseil fédéral à la suite de l'embargo pétrolier.

Le bilan des mesures d'économie ne peut être établi que partiellement. Il résulte d'investigations de Carbura portant sur 5000 stations d'essence environ qu'une économie de carburant de 20% environ a été réalisée.

L'évolution des importations est également intéressante.

En décembre 1973, les importations d'essence ont diminué de 21,2% par rapport à l'année précédente. La réduction pour le carburant Diesel a été de 31,3% et pour l'huile de chauffage de 4%. La tendance à la baisse pour la benzine et l'huile de

chauffage s'est manifestée également en janvier et février 1974. Par rapport à 1973, le déficit en essence a été de 15,6% et en huile de chauffage de 19,7%. On peut affirmer que cette réduction des importations correspond aux quantités effectivement économisées.

Malgré les restrictions d'importations, les importateurs ont toujours été en mesure de reconstituer entièrement leurs réserves. L'approvisionnement en combustibles ne présentant plus de grandes difficultés en février - abstraction faite du prix - les contingents ont été relevés à 100% pour le mois de mars, à l'exception des huiles lourdes de chauffage. Toutes les restrictions ont été levées au 1er avril.

Bien que la situation de notre approvisionnement se soit normalisée, nous ne devons pas oublier la crise pétrolière. Le monde tourne à nouveau, mais pas selon notre "horaire".

5. Formation et évolution des prix des produits pétroliers

Monsieur le Conseiller national Martin désire être informé sur la formation et l'évolution des prix de l'essence et de l'huile de chauffage. Il s'agit là d'un sujet fort délicat. Les secrets de la formation et du développement des prix sont en effet mieux gardés par les sociétés pétrolières que ne le sont les jeunes filles dans nos meilleurs pensionnats. Les résultats financiers des sociétés pétrolières internationales pour 1973 ont à nouveau fait beaucoup de bruit. Dans de nombreux pays, les services nationaux étudient la formation des prix de ces trusts internationaux.

En Suisse, la Commission des cartels a été chargée d'examiner les conditions de concurrence sur le marché des carburants et des combustibles liquides. A cette occasion, elle devra aussi déterminer si les filiales suisses des trusts pétroliers internationaux ont abusé de leur puissance de marché au détriment du consommateur et en particulier si des excès ont été commis dans le domaine des prix. Les résultats devraient montrer dans quelle mesure il est encore possible à une autorité nationale d'analyser sur la base du droit national la formation des prix appliqués par les firmes internationales.

Les autorités fédérales n'ont cependant pas assisté de manière complètement passive à l'évolution des prix des produits pétroliers. En été 1973 déjà, le préposé à la surveillance des prix, des salaires et des bénéfices est intervenu. En juin 1973, il fixa le prix plafond du super carburant à 75 ct/l. Ultérieurement, en accord avec les filiales suisses des trusts pétroliers internationaux, le prix du super carburant a été porté d'abord à 77 ct/l puis à 85 ct/l.

Ces prix ne liaient pas les sociétés suisses indépendantes spécialisées dans le commerce des hydrocarbures, qui ne couvrent que le 20% du marché environ. Les prix de ces firmes ne pouvaient en effet être influencés du fait qu'elles s'approvisionnaient sur le marché libre européen et qu'elles étaient donc tributaires de l'évolution souvent criminelle des prix pratiqués sur le marché international. Depuis un certain temps déjà, leurs prix plafonds étaient de 4-7 ct/l supérieurs à ceux des sociétés intégrées. Il faut cependant relever qu'à travers le contrôle de ces dernières, ce n'est pas moins de 80% du marché de l'essence qui a pu être contrôlé.

Il fallut cependant veiller que l'écart entre les prix des grandes sociétés et ceux des importateurs libres ne devienne pas trop important. Aussi, à mi-mars 1974, le préposé à la surveillance des prix autorisa les compagnies internationales à porter leurs prix maxima à 93 ct/l pour l'essence normale, respectivement à 97 ct/l pour le super carburant, de sorte que les différences de prix entre le commerce indépendant et les sociétés intégrées ont pu être comblées momentanément et les modifications structurelles du marché, c'est-à-dire le déplacement des ventes, ont pu être stoppées dans une large mesure.

Une entente est également intervenue entre le préposé à la surveillance des prix et les filiales suisses des compagnies internationales à propos du mazout. En novembre 1973, ces dernières se sont en effet engagées à livrer le mazout franco Bâle à Fr. 38.--/100 kg environ. En décembre, le préposé donnait son accord pour porter ce prix à Fr. 50.-- environ. Sur le marché libre, le prix du mazout était alors bien supérieur à ce niveau. L'accord conclu entre le préposé et lesdites compagnies a permis un contrôle sur le 60% du marché environ. Le préposé se devait d'agir prudemment, car dans ce secteur également, il s'agissait de contenir la différence de prix entre les sociétés "libres" et les sociétés internationales et de veiller à ne pas compromettre l'approvisionnement du pays.

En 1974, le prix du mazout a diminué sur le marché libre jusqu'à mi-avril. A cette époque, on pouvait noter un prix franco Bâle de Fr. 32.--/100kg. Depuis lors, il a de nouveau quelque peu augmenté. Comment les prix évolueront-ils dans le futur? Il est difficile de le prévoir. Il ne faut en tout cas guère s'attendre à ce que les prix des produits pétroliers retombent à leur niveau de 1972. Cependant, leur développement continuera d'être suivi avec attention par le préposé.

6. Négociations directes avec les pays producteurs de pétrole et création d'une société pétrolière nationale

Messieurs Oehler, Vincent, Bretscher, Renschler et Martin mettent en discussion la création d'une société nationale d'achat et de distribution de pétrole et de produits pétroliers ainsi que la question des négociations directes avec les pays producteurs de pétrole. Monsieur le Conseiller national Schürmann avait pris une initiative semblable avant l'éclatement de la guerre d'octobre.

En fait, les deux objets ont un certain rapport entre eux car une société nationale d'achat ou de distribution n'a aucun sens sans un approvisionnement direct. En effet, une telle société qui devrait se ravitailler en pétrole brut ou en produits pétroliers sur le marché libre ou auprès des grands trusts internationaux ne pourrait pas améliorer notre sécurité d'approvisionnement, ni la transparence du marché et contribuer à rendre notre approvisionnement énergétique plus avantageux.

Les événements de ces derniers mois ont démontré que les sociétés intégrées présentent certains avantages pour surmonter une crise d'approvisionnement, en raison de leurs multiples sources de ravitaillement et grâce à leur association sur le plan international. En Suisse, elles ont été dans une certaine mesure à même d'assurer le ravitaillement du pays durant la crise.

Par ailleurs, un approvisionnement basé essentiellement sur des contrats bilatéraux avec des Etats producteurs recèle le danger de la dépendance unilatérale.

Messieurs les interpellateurs et Monsieur le motionnaire ne sont certainement pas d'avis que la Suisse doit à l'avenir assurer la totalité de ses fournitures par contrats bilatéraux.

Cette possibilité est plutôt à considérer comme une mesure secondaire. Le Conseil fédéral veut examiner cette hypothèse. Des travaux préparatoires sont d'ailleurs déjà commencés.

Au cours de ces investigations, il s'agira aussi d'examiner d'autres solutions. Je pense à des contrats avec les Etats voisins qui nous livrent la plus grande part des produits pétroliers et à des accords avec l'économie pétrolière elle-même.

Nous sommes cependant d'avis que le problème énergétique ne peut être résolu que sur le plan international. C'est en effet dans un cadre multinational que doivent être trouvées les voies permettant de contenir la consommation du pétrole et d'améliorer la sécurité d'approvisionnement. Car tant que persistera le danger d'une rupture d'équilibre entre l'offre et la demande, des hausses de prix demeureront latentes.

Actuellement, rien ne permet de penser que la conclusion de tels accords donnerait au consommateur la certitude d'obtenir des produits meilleur marché. Il semble, au contraire, que les Etats qui ont pratiqué le système des accords bilatéraux aient dû accepter des conditions parfois plus sévères que celles imposées aux grandes sociétés pétrolières.

L'opportunité et la nécessité de contrats d'approvisionnement directs doivent donc être examinées dans le détail sur le plan de la politique extérieure, d'approvisionnement et commerciale. Ensuite, il conviendra également d'étudier comment transporter, raffiner et distribuer le pétrole disponible. Ici aussi, un grand nombre de problèmes doivent être résolus. Avec une société pétrolière nationale qui prendrait en main tous les stades de transformation, depuis l'achat jusqu'à la distribution, il serait possible d'avoir un regard sur le commerce du pétrole et d'être ainsi mieux à même de discerner les éventuels abus des grands trusts. Il faut toutefois se demander si une telle amélioration de la transparence du marché ne serait pas trop onéreuse. On peut présumer qu'une société pétrolière helvétique ne serait pas en mesure de ravitailler les consommateurs à des prix plus bas que ceux pratiqués par les grands trusts multinationaux et que le simple fait d'arborer le drapeau suisse dans les stations d'essence ne serait pas suffisant pour convaincre le consommateur helvétique. Pour cela, il faut que la marchandise soit moins cher, ou du moins pas plus coûteuse qu'ailleurs. Outre la rentabilité d'une telle firme, il faudra encore en examiner la nature juridique et le domaine d'activité. Il faudra en outre déterminer s'il serait préférable, voire possible, de créer ou de transformer une société existante.

Le Conseil fédéral est disposé à étudier de manière approfondie et dans un délai convenable les problèmes soulevés dans vos interventions. Comme signalé, les études préliminaires sont en cours et nous ne manquerons pas de vous faire rapport sur l'élaboration d'une conception globale de l'énergie.

7. Propositions et conclusions

Comme tant de questions sont encore ouvertes, je demande à Monsieur le Conseiller national Oehler de transformer sa motion en postulat. Nous serions alors prêts à l'accepter avec celui de Monsieur le Conseiller national Vincent.

Je puis enfin assurer à Messieurs Bretscher, Renschler et Martin que leurs requêtes seront examinées. Nous pouvons tous constater que la crise pétrolière a non seulement montré qu'une politique énergétique active est une nécessité évidente mais encore que cette nécessité a un caractère très urgent.